

Jan Winkler, Annika Zeddel, Nora Hahn-Hobeck, Marius Bayer,
Georg Glasze, Shadia Husseini de Araújo und Florian Weber

Das Idealbild der *involved community*

(Re-)Produktion gesellschaftlicher Differenzierungen durch quartiersbezogene Stadtpolitiken am Beispiel des *New Deal for Communities*-Programms in Großbritannien

mit 3 Abbildungen und 2 Tabellen

1 Quartiersbezogene Politiken in Großbritannien

In Großbritannien wurden seit Ende des Zweiten Weltkriegs wohlfahrtsstaatliche Politiken etabliert, mit deren Hilfe in die Gestaltung und Förderung einzelner Quartiere eingegriffen wurde, die als sozial und ökonomisch benachteiligt erfasst wurden. Im Zuge der Ausrichtung auf so genannte *deprived neighbourhoods* wurden räumlich begrenzte Gebiete ausgewählt, in den vor allem mit städtebaulichen Maßnahmen auf identifizierte Problemlagen reagiert werden sollte. Welche Quartiere dabei als problematisch beschrieben wurden und werden, ist eine Frage, deren Antwort sich im Laufe der vergangenen 60 Jahre unter den verschiedenen Regierungen Großbritanniens stetig gewandelt hat. Damit einhergehend veränderte sich auch die Art und Weise, in der Gesellschaft in den identifizierten Quartieren gedacht und strukturiert wurde. Vor diesem Hintergrund werden mit dem vorliegenden Beitrag Gesellschaftsdifferenzierungen untersucht, die im Zusammenhang mit den gegenwärtig als „problematisch“ wahrgenommenen Gebieten entstehen: Welche Bevölkerungsstrukturen werden mit welchen Problemen assoziiert? Durch welche Begriffe wird die Gesellschaft in bestimmte soziale Gruppen differenziert und immer wieder neu (re-) produziert? Inwieweit beeinflussen darüber hinaus politische Programme diese Reproduktionen?

In den politischen Diskursen Großbritanniens wurde insbesondere in der letzten Dekade die Idee einer multikulturalistischen Gesellschaft verhandelt (AMIN 2002: 959; HALL 2004a: 188-202; MEER/MODOOD 2009). Dementsprechend soll untersucht werden, ob und wenn ja wie im Sprachgebrauch quartiersbezogener Politiken auf multikulturelle Gesellschaftsdifferenzierungen zurückgegriffen wird. Dabei ist davon auszugehen, dass in Kombination mit aktuellen Leitvorstellungen städtischer Politiken, welche eigenverantwortlich agierende Gruppen und Individuen fordern und fördern, die entsprechenden Gruppen/Individuen vielfach anhand

kultureller Trennlinien angesprochen werden. Diese Thesen zu untersuchen, ist Ziel des vorliegenden Aufsatzes. Dabei konzentriert sich die Analyse auf das Programm *New Deal for Communities* (NDC). Dieses wurde im Jahr 1999 unter der Regierung Tony Blairs ins Leben gerufen und endete im Jahr 2010 mit einer Laufzeit von 11 Jahren. Die Fördermaßnahmen dieses Programmes richteten sich an die *most deprived neighbourhoods* – entsprechend erfolgte die Definition der förderungsberechtigten Stadtviertel nach sozio-ökonomischen Indikatoren. Zudem weist in vielen dieser Quartiere ein großer Anteil der Bewohner_innenschaft einen Migrationshintergrund auf (HITCHIN 2011), so dass Fragen der Integration und des Umgangs mit heterogenen Bevölkerungsstrukturen in die NDC-Programmatische einbezogen wurden (ANDERSSON/MUSTERD 2005, Interview 1, vgl. Tabelle 1). Eine genauere Erläuterung des NDC-Programms erfolgt im Anschluss an einen Abriss über den historischen Verlauf der quartiersbezogenen Stadtpolitiken in Großbritannien, der im vierten Abschnitt skizziert wird. Zunächst soll jedoch der theoretisch-konzeptionelle Ansatz (Abschnitt 2) dargelegt werden, auf dessen Grundlage die Fragestellung dieses Beitrags operationalisiert wird. Die Diskurs- und Hegemonietheorie nach Ernesto Laclau und Chantal Mouffe ist nach Meinung der Verfasser_innen in besonderem Maße dafür geeignet, um die Beschreibung (und damit auch Einteilung und Identitätsgebung) von Gesellschaft analytisch zu untersuchen. Im Anschluss daran folgt ein Überblick über das methodische Vorgehen (Abschnitt 3). Die mit Hilfe der theoretischen „Brille“ erarbeiteten Ergebnisse werden im fünften Abschnitt dargelegt. Dabei wird die aus dem empirischen Material herausgearbeitete diskursive Logik aufgezeigt, welche spezifische, nach (multi-)kulturellen Linien differenzierte Gruppen (zum Beispiel die sogenannten „*ethnic communities*“) primär als „zu wenig involviert“ (und damit auch „außerhalb“ der Gesellschaft) positioniert.

2 Identitäten als sozial hergestellte Konstruktionen: Die Diskurs- und Hegemonietheorie von Laclau und Mouffe

Der theoretische Hintergrund unserer Forschungsfragen beruht auf der Annahme, dass jedwede Identität, sei es die eines Individuums oder die einer Gruppe von Menschen, sozial konstruiert ist und damit als Element diskursiver Aushandlungen nicht primordial gegeben ist. Was aber bedeutet „sozial konstruiert“ und was ist unter einem „Element diskursiver Aushandlung“ zu verstehen?

Der vorliegende Aufsatz bewegt sich im Theoriespektrum poststrukturalistischer Ansätze, welche die Vorstellung einer ganzheitlichen, eigenen Identität eines jeden Subjekts ablehnen. Stattdessen gehen poststrukturalistische Theoretiker_innen davon aus, dass sich ein Subjekt im Zuge der Konstitution seiner Identität immer auf schon bestehende Diskurse bezieht (SUPIK 2005: 21). Unter einem Diskurs wird in Anlehnung an Michel Foucault eine durch Regelmäßigkeit in der Verstreuung

gekennzeichnete Menge von Aussagen verstanden, die zu einem bestimmten Zeitpunkt die gesellschaftlich hegemonialen Wahrheiten (re-)produzieren (FOUCAULT 1981 nach SUPIK 2005: 22). Will sagen: In der Art und Weise, „in der das Wissen in einer Gesellschaft eingesetzt [...], gewertet und sortiert, verteilt und zugewiesen wird“ (FOUCAULT 1972: 15), definiert der Diskurs das jeweils Sag- und Denkbare, das Wahre und Falsche einer spezifischen historischen Situation. So baut beispielsweise heutzutage die gesamte wirtschaftliche, politische und in vielen Fällen auch kulturelle Ordnung auf dem Konzept des territorialen Nationalstaates auf. Und obwohl dieses Staatenmodell erst gegen Ende des 18. Jahrhunderts etabliert wurde, stellt es der hegemoniale Diskurs seit über 200 Jahren als die einzig richtige Art der Staatenführung dar. Die Nation ist also ein im Laufe der Zeit durch diskursive Aushandlung entstandenes soziales Konstrukt. Derartige Konstruktionen und Diskurse zu beschreiben ist Ziel der poststrukturalistischen Diskurstheorie, die sich dementsprechend durch „die Kritik an jedem Typus von Fixiertheit sowie durch die Bejahung des unvollständigen, offenen und aushandelbaren Charakters jeder Identität“ (LACLAU/MOUFFE 2006: 140) charakterisiert. Die vorliegende Arbeit orientiert sich innerhalb der Diskurstheorien in erster Linie an der von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe entwickelten Diskurs- und Hegemonietheorie, deren Schwerpunkt auf der Entschlüsselung jener für die Herstellung von Identität relevanten Mechanismen liegt. Denn diese Mechanismen sind „[...] maßgeblich für die Frage, welche sozialen Grenzen gezogen [...] und welche Themen in der politischen Arena verhandelt werden“ (GLASZE/MATTISSEK 2009: 153). Grundsätzlich entsteht die Bedeutung eines Elements des Diskurses – repräsentiert durch Signifikanten – über die Differenz dieses Elements zu anderen innerhalb eines ganzen Systems von Differenzen. Ändert sich eine Bedeutung oder Differenzbeziehung, hat dies Auswirkungen auf alle anderen Bedeutungen und Differenzen. Man stelle sich beispielsweise eine aus der Türkei stammende Migrantin vor, die aus beruflichen Gründen nach Großbritannien auswandert. Beim Zusammentreffen mit ihren Arbeitskollegen beantwortet sie die Frage nach ihrer Herkunft mittels der recht unspezifischen Kategorie der Nation, indem sie sagt, sie komme aus der Türkei. Es zeigt sich als besonders relevant, durch welche Nationalität sie sich von den britischen, französischen oder tunesischen Angestellten unterscheidet, das heißt, die Kategorie nationaler Herkunft ist dominant. Als Element (=Signifikant) des diskursiven Feldes „Mitarbeiter_in einer Firma“ besteht ihre Identität zu diesem Zeitpunkt vor allem aus der mit räumlichen Begriffen beschriebenen Differenz zu den anderen Arbeitskolleg_innen. Ändert sich jedoch der Bezugsrahmen, trifft sich unsere Migrantin zum Beispiel mit anderen türkischstämmigen Migranten, wird stattdessen interessant, ob sie sich eher als Kurdin oder Türkin beziehungsweise als Sunnitin oder Alevitin bezeichnet. Die Differenzierungskategorie „Nationalität“ verliert ihre dominante Stellung. Die Änderung der Differenzbeziehung verändert somit die Bedeutung ihrer Identität, diese nimmt im neuen diskursiven Bezugsrahmen eine andere Position ein, befindet sich in einer neuen Situation der Artikulation (das heißt, sie wird mit neuen Bedeutungen/Elementen in Beziehung gesetzt). Es wird

deutlich, dass Identität nicht als unveränderlich gedacht werden kann, sondern sich in Anlehnung an Jacques Derrida vielmehr in einem unaufhörlichen Gleiten (RECKWITZ 2008: 75ff.) befindet. Allgemein gesprochen sind alle Elemente des Sozialen, welches „sich als symbolische Ordnung konstituiert“ (LACLAU/MOUFFE 2006: 133), angesichts ihres stets aushandelbaren Charakters nicht auf eine einzige Identität fixierbar, demnach in ihrer Bedeutung überdeterminiert und damit gleichzeitig unterdeterminiert (LACLAU/MOUFFE 2006: 133; 140f.). In diesem Sinne erfolgt auch jede Strukturierung von Gesellschaft durch die Artikulation von Differenzbeziehungen zwischen den einzelnen Elementen derselben.

Neben Differenzbeziehungen werden Äquivalenzbeziehungen zwischen den einzelnen Elementen hergestellt. Innerhalb einer Artikulation, einer diskursiven Praxis, werden Bedeutungen in Verbindung gesetzt. Im Rahmen des neuen Arbeitskontextes wird beispielsweise die Bedeutung „türkischstämmige Kollegin“ mit den Bedeutungen „spricht türkisch“ oder „ist vielleicht Muslima“ äquivalent gesetzt. Derartig entstehen ganze Bedeutungsfelder oder Verdichtungen von Signifikanten, die ein bestimmtes diskursives Feld konstituieren. Jene Felder werden von sogenannten Knotenpunkten des Diskurses strukturiert und reguliert. Knotenpunkte beeinflussen somit die spezifische Qualität der Identität erzeugenden Differenzen in einem diskursiven Feld. Dieser Mechanismus wird an dem Konzept des leeren Signifikanten deutlich. Ein Knotenpunkt funktioniert als leerer Signifikant, wenn er zahlreiche einzelne Positionen und somit Bedeutungen repräsentiert. Als eine Art „gemeinsamer Nenner“ unterschiedlicher Bedeutungskonzepte ist der Knotenpunkt umso bedeutungsleerer, je mehr Positionen er vereinen, also äquivalent setzen kann. Ein elementares Konzept bildet in diesem Kontext das sogenannte antagonistische Außen. Diskurse, von ihnen angerufene Subjektidentitäten sowie in diesem Rahmen entstehende Bedeutungselemente können sich nur dann festigen, wenn sie eine antagonistische Gegenposition – ein verworfenes Außen (RECKWITZ 2008: 77), eine Art „ultimative Differenzbeziehung“ – als Abgrenzungskriterium mit einbeziehen. Erst über dieses konstitutive Außen kann ein Diskurs temporär in seiner Bedeutung fixiert und damit hegemonial werden. Derartig kann eine gemeinsame Identität trotz aller vorhandenen Unterschiede auf der eigenen Seite hergestellt werden (LACLAU/MOUFFE 2006: 169). Man stelle sich vor, die Migrantin aus der Türkei befindet sich nun mit ihren Arbeitskollegen von „BP“ (*British Petroleum*) auf einer internationalen Messe, um dort ihre Firma und deren Produkte zu vertreten. Beim Zusammentreffen mit Angestellten anderer Firmen definiert sich die Migrantin in erster Linie über die gemeinsame Identität „BP-Mitarbeiter“ und grenzt sich damit in einem antagonistischen Sinne von allen anderen Meseteilnehmern („Nicht-BP-Mitarbeitern“) ab. Zugleich löschen sich (zeitweise) alle Differenzen zwischen den Identitäten der einzelnen BP-Angestellten aus – ob jene aus der Türkei stammen oder aus Frankreich wird irrelevant – so dass alle Angestellten als Vertreter von „BP“ in eine Äquivalenzkette eintreten und trotz ihrer Unterschiedlichkeit für einen einzigen Firmennamen stehen, der auf diese Weise zu einem tendenziell leeren Signifikanten wird.

Mit Hilfe der hier erläuterten theoretischen „Brille“ soll im weiteren Verlauf untersucht werden, inwieweit im Kontext der quartiersbezogenen Stadtpolitiken in Großbritannien auf „kulturelle Differenzen“ zur Strukturierung, also Identitätsgebung, der Gesellschaft zurückgegriffen wird und wenn ja, ob die so anhand kultureller Trennlinien angesprochenen Gruppen mit spezifischen Problemen verknüpft werden. Unter kultureller Differenz verstehen wir in diesem Zusammenhang alle Bevölkerungsstrukturierungen, die mit Hilfe rassistischer, religiöser, ethnischer, nationalstaatlicher oder kontinentbezogener Begriffe gebildet werden, wodurch „kulturelle Differenz“ als eine heterogene Differenzierungskategorie zu deuten ist. Grundsätzlich ist anzumerken, dass die nach kulturellen Kriterien erfolgende Einteilung der Gesellschaft eine äußerst dominante und häufige Operation darstellt, nach der das „Eigene“ zwecks identitärer Stabilisierung vom jeweils „Fremden“ abgegrenzt wird (HALL 2004 b: 108-167).

3 Operationalisierung des Forschungsvorhabens

Im Zuge einer diskurstheoretisch informierten methodischen Annäherung an die erläuterten Fragestellungen bietet sich eine spezifische Operationalisierung in Form von qualitativen, leitfragengestützten Interviews an. Diese Methodenauswahl soll helfen, die aufgeworfene Forschungsfrage nach den in politischen Programmen der britischen Stadt- und Quartierspolitik hergestellten Verknüpfungen und Differenzierungen von Gesellschaft zu beantworten.

In diesem Sinne erfolgt in Abschnitt 4 ein historischer Überblick über stadtpolitische Konzepte Großbritanniens von Mitte des 20. Jahrhunderts bis ins Jahr 2010. Die Analyse derselben hat zum Ziel, nachzuzeichnen, welchen diskursiven Pfaden und Logiken die über kulturelle Kategorien funktionierende Differenzierung von Gesellschaft innerhalb städtischer Regenerationspolitiken zugeordnet werden kann. Es steht demnach die Frage im Vordergrund, wie im Laufe der Entwicklung stadtpolitischer Regenerationsprogramme „kulturelle Differenz“ gedacht wurde. Auf diese Weise wird eine Kontextualisierung und Historisierung des „Sprechens über“ kulturell differenzierte Gruppen geleistet, welche für das Verständnis der eigenen empirischen Arbeit wertvoll ist. Im Anschluss an diese literaturgestützte Untersuchung der Programmatiken sollen die von uns geführten Expert_inneninterviews einen Einblick in aktuelle Praktiken der Gesellschaftsdifferenzierung und –verknüpfung geben. Die ersten aus den Interviews gewonnenen Ergebnisse werden in Abschnitt 5 präsentiert.

Bevor jedoch mit der Ergebnispräsentation begonnen werden kann, soll das konkrete methodische Vorgehen von der Auswahl des Untersuchungsgebietes bis hin zur Vorstellung der einzelnen Interviewpartner_innen dargestellt werden.

3.1 Die ausgewählte Fallstudie: Das NDC-EC1 Quartier

Das als Fallbeispiel gewählte Gebiet wird vom *New Deal for Communities*-Programm als *ECI* bezeichnet und weist *NDC* zufolge einen hohen Anteil an Personen mit Migrationshintergrund sowie relativ geringem Einkommen auf (HITCHIN 2011). Laut der Beschreibung des Gebietes durch die die regenerationspolitischen Maßnahmen leitenden Firma gehören 40% der Bewohner_innen im Quartier (im Jahr 2010) „ethnischen Minderheiten“ [„*black and minority ethnic groups*“ (HITCHIN 2011)] an. Bei der offiziellen Beschreibung von *ECI* seitens *NDC* zeigt sich dies als relevanter Aspekt, da die im Quartier [auch *räumlich* (Interviews 1, 3)] konzentrierten migrantischen Gruppen zu den sozialökonomisch benachteiligten gezählt werden. Darüber hinaus würden, so einige Interviewpartner_innen, der Wohnungsmarkt sowie die Sozialwohnungspolitik explizit Personen mit Migrationshintergrund benachteiligen und oftmals verdrängen (Interviews 1, 3). Die Auswahl des Fallbeispiels und die Analyse der *ECI*-Quartierspolitiken führen somit direkt in aktuelle Fragestellungen aus den Bereichen Migration und Integration, so die Annahme der Autor_innen. Es wird dementsprechend erwartet, dass das Ziel der Arbeit, den Umgang mit „kultureller Differenz“ in quartiersbezogenen politischen Diskursen aufzuzeigen, über eine Analyse der *ECI*-Partnerschaft sinnvoll anzugehen ist. Die konkrete methodische Umsetzung dieses Forschungsvorhabens soll im Anschluss an eine kurze Charakterisierung des Untersuchungsgebietes *EC1* erläutert werden:

Das untersuchte Gebiet in London (vgl. Abbildung 2) schließt sich nördlich an die *Inner City of London* an. Das Areal umfasst die Stadtgebiete *Clerkenwell* und *Bunhill*, welche Teil der *Borough of Islington* sind und beinhaltet 4.800 Haushalte sowie (für 2007) 10.371 Einwohner_innen. Der Anteil an Personen im Erwerbsalter stieg zwischen 1999 und 2007 von 63 auf 71%, wodurch den Beschreibungen von *NDC* zu Folge ein Trend abgeschwächt wurde, demnach sich im Gebiet zunehmend isoliert lebende, ältere Personen konzentrierten (HITCHIN/SWALES 2010; HITCHIN 2010). Das *ECI* Gebiet weist ferner typische Getrifizierungsprozesse auf. Im letzten Jahrzehnt entwickelte sich insbesondere *Clerkenwell*, nachdem sich große Industriebetriebe aus diesem Gebiet zurückgezogen haben, von einem Arbeiterquartier zu einem facettenreichen Viertel, das nun von Architekt_innen, Maler_innen und Buchautor_innen geprägt wird.

Von Sozialwohnungen dominierte Straßenzüge kontrastieren nun mit den städtebaulich hochwertig wirkenden, zentralen Einkaufszonen (*The Guardian* 2004: 21). Auch die Interviewpartner_innen charakterisierten das Viertel als eines, das in vielen Bereichen von Sozialwohnungen geprägt ist während sich in nächster Nähe das Londoner Finanzviertel etabliert hat, und betonten den daraus resultierenden Kontrast, der sich auch auf die Bewohner_innen resignativ auswirken würde (Interviews 2, 3). Das Gebiet des *ECI* zeichne sich überdies durch eine sozialistische Vergangenheit seiner älteren Bewohner_innen aus. Es gäbe im Viertel eine ausgeprägte *old community*, eine von der Nachkriegszeit an bis heute ansässige, durch die linkspolitische Vergangenheit beeinflusste und stark an das räumliche

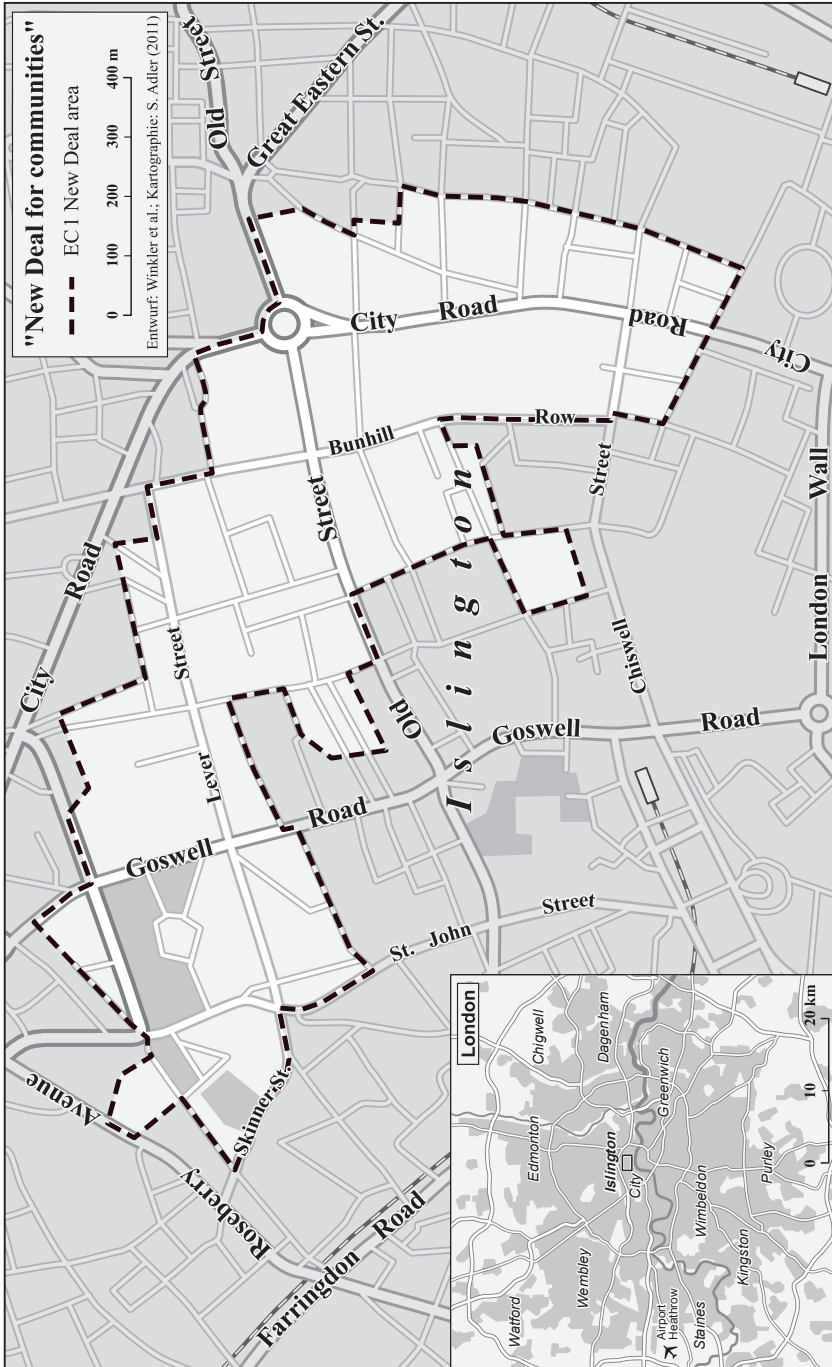


Abb. 2: Karte des untersuchten Gebietes EC1 New Deal Area

Viertel gebundene und eine gemeinsame Identität aufweisende Gruppe. Als solche hätte sie auch keinerlei Verbindungen zu den „*new communities*“, den im Zuge der Migrationsprozesse der letzten Jahrzehnte sich niedergelassenen migrantischen Gruppen (Interviews 1, 2, 3).

3.2 Die Auswahl der Interviewpartner_innen und das methodische Vorgehen

Um der Frage nach dem Umgang mit „kultureller Differenz“ im Rahmen der *NDC*-Politiken am Beispiel des *ECI-partnerships* nachzugehen, wurden acht Interviews mit Personen in unterschiedlichen Positionen geführt, die das institutionell breit gefächerte Feld quartiersbezogener Regenerationspolitiken innerhalb einer *NDC*-Partnerschaft widerspiegeln sollen (vgl. Tabelle 1). Die Auswahl der acht Interviewpartner_innen war dem Interesse geschuldet, eine Untersuchung der Gesellschaftsdifferenzierungen auf unterschiedlichen Ebenen und bei Personen in unterschiedlichen Arbeitskontexten durchzuführen. Als besonders relevante Interviewpartner_innen sind die vier im Rahmen eines Gruppeninterviews befragten Vertreter_innen des Ministeriums für *Communities* und *Local Government* zu betrachten, die auf Regierungsebene für das gesamte *NDC*-Programm zuständig waren (vgl. Interview 1 in der Tabelle 1). Zusätzlich ist das Interview mit einem Vertreter der *Renaissi-Company* hervorzuheben, da jene Firma explizit für das Management des *ECI*-Quartiers zuständig war. Beauftragt wurde die Firma von der Lokalregierung *Islington*, weshalb auch dort mit zwei Vertretern gesprochen wurde. Letztere jedoch waren nicht direkt am *ECI*-Projekt beteiligt (dennoch wurden sie der Forschungsgruppe als Gesprächspartner für auf *NDC* bezogene Themenfelder im Vorfeld der Recherche empfohlen). Desweiteren wurden Gespräche geführt mit dem Leiter einer Koordinationsstelle für soziale Hilfsleistungen, der Leiterin mehrerer Programme zur Involvierung junger Menschen mit problematischem Hintergrund, mehreren Mitarbeiter_innen von *Voluntary action Islington*, (einer Organisation, die im Feld des *community building* angesiedelt ist und zum Beispiel Selbsthilfeorganisationen im *ECI*-Quartier unterstützt) sowie mit Mitarbeitern der *Community development foundation*. Detailliertere Beschreibungen der Gesprächspartner_innen sind Tabelle 1 zu entnehmen.

Die transkribierten Interviews wurden anschließend mit dem computergestützten Textanalyseprogramm atlas.ti analysiert. Mittels einer interviewübergreifenden Kodierung der Texte wurden zentrale Argumentationsmuster herausgearbeitet. Im Rahmen der Kodierung werden die Transkripte zunächst nach einer auffälligen Verwendung von bestimmten Signifikanten beziehungsweise Signifikanten-Mustern untersucht. In einem nächsten Schritt werden auffällige, immer wiederkehrende Muster der Verwendung von Signifikanten markiert und entsprechend benannt (kodiert). So ist es im weiteren Verlauf möglich, wiederkehrende argumentative Logiken sowie deren kontextuelle Einbindung zu sortieren, zu vergleichen und

Tab. 1: Interviewpartner_innen der 2011 durchgeführten Untersuchung

Interview 1	<p>New Deal for Communities- Team des Department for Communities and Local Government (DCLG) (4 Personen).</p> <ul style="list-style-type: none"> • Policy Adviser New Deal for Communities Team, Decentralisation and Big Society Directorate • Social researcher New Deal for Communities Team • Statistiker für New Deal for Communities • Policy Adviser New Deal for Communities Team Decentralisation and Big Society Directorate. Zudem früherer Mitarbeiter am Race Equality Strategy Teams des Ministeriums.
Interview 2	<p>Chief Executive des St. Lukes Trust Community Center, einer Koordinationsstelle für soziale Hilfsleistungen, Programme und Initiativen im EC1-Quartier. Zusammenarbeit mit dem NDC-EC1 partnership, Erhalt von NDC-Geldern für spezifische Projekte.</p>
Interview 3	<p>Performance Manager bei Renaisi-Company, einer von Islington Council (Lokalregierung Islington) zum Management der NDC-Gelder sowie des NDC-Programms für das Quartier EC1 beauftragten Firma.</p>
Interview 4	<p>Leiterin mehrerer, von der Islington-Lokalregierung in Auftrag gegebener und finanzierter Programme zur Involvierung junger Menschen mit Problemhintergründen. Nicht direkt am NDC-Programm beteiligt. Arbeitsbereich im EC1-Quartier in Kooperation mit der Lokalregierung.</p>
Interview 5	<p>Ein team manager für equality, refugee and migrant service sowie ein policy officer für Fragen sozialer Hilfsleistungen und Migration der Lokalregierung Islington (Islington council). Nicht direkt am NDC-Programm beteiligt, aber als Repräsentanten der Lokalregierung Islington, die in das NDC-EC1 Quartiersmanagement stark eingebunden ist, sehr relevant.</p>
Interview 6	<p>Repräsentantin einer community group der latino-amerikanischen Minderheiten in Islington. Gleichzeitig outreach officer bei Voluntary Action Islington, einer Organisation, die die Drittsektor-, Vereins- und Selbsthilferuppen-Aktivitäten in Islington unterstützt, koordiniert und schult. Unter anderem arbeitet die Interviewpartnerin im Feld des „community building“, +Das heißt, sie hilft zum Beispiel Vereinen und Verbänden, die die Interessen von religiösen oder ethnisch-kulturellen Gruppierungen vertreten möchten, sich zu organisieren und zu etablieren. Voluntary Action Islington arbeitete als Organisation per Vertrag mit dem NDC-Partnership EC1 zusammen.</p>
Interview 7	<p>Zwei Mitarbeiter von Voluntary Action Islington (per Leistungsvertrag eine der Organisationen, die die NDC-EC1 Zielvorstellungen zu erfüllen bestrebt waren, siehe oben). Einer der Gesprächspartner war speziell für das NDC-EC1- partnership und für die Rolle, die Voluntary Action Islington innerhalb diesem innehatte, zuständig.</p>
Interview 8	<p>Zwei Mitarbeiter der Community Development Foundation, einer Stiftung, die sich an der Forschung stadtpolitischer Fragestellungen beteiligt sowie mit unterschiedlichen Akteuren der Stadtentwicklung als Koordinationsstelle zusammenarbeitet. Unter anderem arbeiten die Interviewpartner_innen im Feld des „community building“, das heißt, sie helfen zum Beispiel Vereinen und Verbänden, die die Interessen von religiösen oder ethnisch-kulturellen Gruppierungen vertreten möchten, sich zu organisieren und zu etablieren.</p>

Quelle: eigene Darstellung

in ihrer spezifischen Artikulation zu analysieren. Es soll an dieser Stelle jedoch betont werden, dass die Studie einen explorativen Anspruch hat, was in Umfang und Design derselben deutlich wird. Entsprechend der Auswahlkriterien für die Interviewpartner_innen zeigt sich das empirische Material aus den episodischen

beziehungsweise Leitfragen gestützten Interviews insbesondere hinsichtlich der diskursiven Argumentationsmuster vergleichsweise heterogen und die Ergebnisse sind ohne Anspruch auf Vollständigkeit oder eine generelle Übertragbarkeit auf alle Arbeitsfelder eines *NDC-partnerships* zu verstehen. Die Arbeit möchte einen ersten Schritt in der Analyse quartiersbezogener Regenerationspolitiken machen und Anregungen für weitergehende Forschung bieten.

4 Eine Genealogie des Diskurses quartiersbezogener Stadtpolitiken seit Ende des zweiten Weltkriegs bis zur Einführung des *NDC*-Programms 1999 mit Bezug auf den Umgang mit „kultureller Differenz“

Im Zuge des Wiederaufbaus in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg wurden ältere, bevölkerungsreiche Innenstadtbezirke als städtebauliche Problemgebiete deklariert und für sanierungsbedürftig befunden (BOOTH et al. 2002: 35.; WOOD 2010: 195). Mit Blick auf die vermeintlich zu großen Anteile von Menschen mit Migrationshintergrund in Innenstadtquartieren, interpretierte die damalige Stadtpolitik bestimmte soziale Probleme oftmals als *inner city problem*. Der Begriff identifizierte demnach „problematische“ Quartiere und setzte jene äquivalent mit zahlreichen, als ebenso problematisch deklarierten Phänomenen (Arbeitslosigkeit, schlechte Versorgung mit sozialer Infrastruktur, niedriges Bildungsniveau, hoher Anteil an Personen mit Migrationshintergrund) (WOOD 2010: 196; vgl. Abbildung 1).

Die politische Diskussion der 1970er und 1980er Jahre stellte eine Äquivalenzbeziehung zwischen dem Begriff der „Rasse“ und schlechter entwickelten Innenstadtbezirken her, wobei ethnische Minderheiten nicht als die Leittragenden des Verfalls gesehen wurden, sondern als Indikatoren für diesen (MAVROMMATIS 2010: 562; vgl. Abbildung 1). Die *inner city riots* von 1980/1985 – primär in Stadtteilen mit einem hohen Anteil an Personen mit Migrationshintergrund zwischen der Polizei und der dortigen Jugend ausgetragen – wurden von der damaligen Regierung als Höhepunkt aufkommender Unzufriedenheit sozioökonomisch benachteiligter Bevölkerungsschichten in den Innenstadtquartieren erachtet. Trotz oder gerade wegen der Konflikte und der damit verbundenen medialen Präsenz zeichnete sich eine Wende in öffentlichen und politischen Diskussionen ab, die als *moment of reflection* (MAVROMMATIS 2010) bezeichnet werden kann und eine Verschiebung im Diskurs um „kulturelle Differenz“ einleitete. Die Bezeichnung „Rasse“ wurde durch das Konzept der Ethnizität ersetzt und die Verbindung von Rasse und Raum nicht mehr in dieser Form hergestellt. Stattdessen stand nun ein multikulturalistischer Ansatz im Mittelpunkt, der grundlegend davon ausging, dass sich die britische Gesellschaft als eine entlang zahlreicher kultureller Linien differenzierte darstellt. Der Begriff „Ethnie“ wurde in diesem Zusammenhang mit Kultur beziehungsweise „kultureller Differenz“ äquivalent gesetzt und als etwas

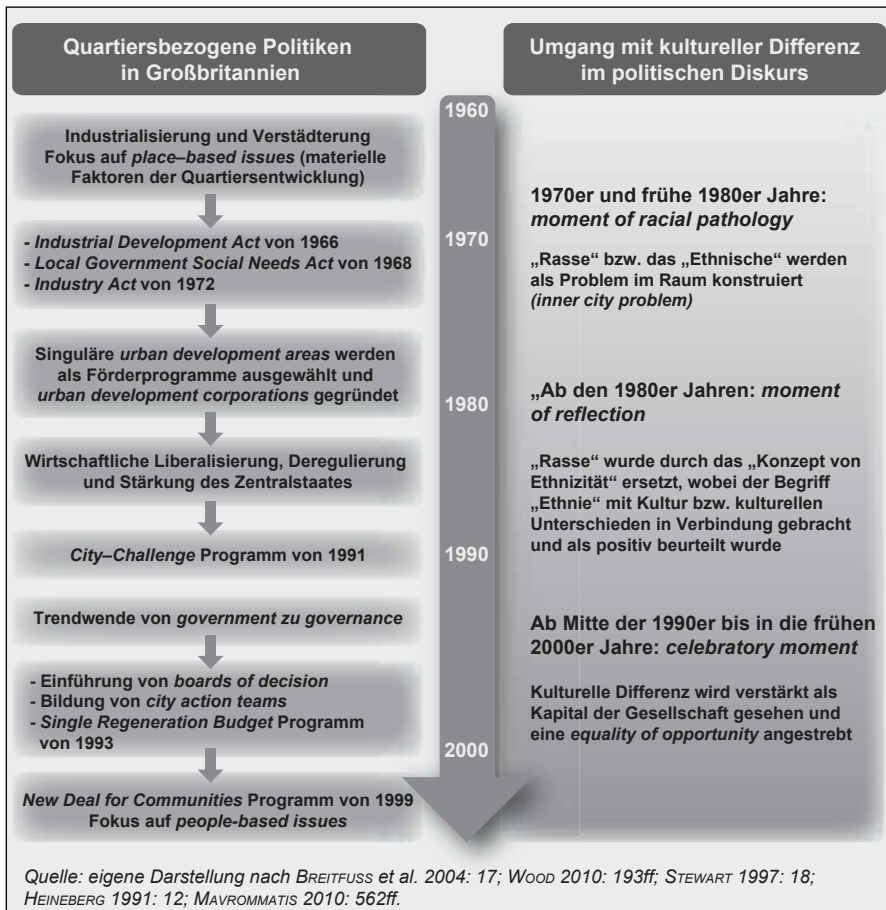


Abb. 1: Historische Entwicklung der quartiersbezogenen Stadtpolitiken und der Diskurs um kulturelle Differenz

Positives oder Bereicherndes für die Gesellschaft dargestellt (MAVROMMATIS 2010: 566f.; vgl. Abbildung 1).

Die seit den 1980er Jahren regierende konservative Partei Margaret Thatchers folgte einem in sich heterogenen Diskurs, dessen gemeinsame Momente als (ökonomischer) Neoliberalismus (FULLER/GEDDES 2008: 255-259) bezeichnet werden können und setzte politisch vorrangig auf wirtschaftliche Liberalisierung und Deregulierung sowie auf die Stärkung des Zentralstaates als rahmengebende Instanz (HEINEBERG 1997: 5f.; WOOD 2010: 202f.). Die von der Regierung etablierten *Urban Development Corporations* hatten die Aufgabe, privates Kapital für die Sanierung alter Bausubstanz zu mobilisieren. Das Resultat waren jedoch in erster Linie Gentrifizierungsprozesse (STEWART 1997: 35). Dabei ging die Steuerungsgewalt

von der Zentralregierung aus, wodurch die *local authorities* weitestgehend bei Entscheidungsprozessen übergangen wurden und einer an betriebswirtschaftlicher Logik orientierten Kontrolle ausgesetzt waren (VALLER/BETTELEY 2001: 2395, FULLER/GEDDES 2008). Derartige Methoden der Regierungsführung, von wirtschaftlicher Deregulierung über den Rückzug staatlich regulierter Sozialleistungen bis hin zum Konzept der Eigenverantwortlichkeit, bilden nach Ansicht mehrerer Autor_innen den Boden einer als neoliberal adressierten (da dem Diskurs des Neoliberalen folgenden) *urban governance* (vgl. Abbildung 1) (FULLER/GEDDES 2008; BRENNER 2004; BRÖCKLING 2007: 84-85, 106; MATTISEK 2008: 48-52). Diese zeigt sich von einer Abkehr von hierarchisch und zentralistisch organisierten Regierungssystemen und von einer Hinwendung zu stark vernetzten, multisektoralen Partnerschaften zwischen staatlichen Institutionen, privaten und zivilgesellschaftlichen Akteuren geprägt, für dessen Funktionieren die Regierung die entsprechenden Rahmenbedingungen zu setzen hat. Seit dem *City-Challenge* Programm (ab 1991) bevorzugte die Regierung derartige Steuerungsmechanismen (BRENNER 2004). Die neuen Institutionsarrangements waren auch Voraussetzung, um vom Staat zentrale Fördergelder für Stadtentwicklung zu erhalten. Der Einbezug sowohl des privaten, aber auch des dritten Sektors (beispielsweise non-profit-Akteure wie Vereine, Stiftungen und *Non-Governmental-Organisations*) erforderte neue kooperative und auf mehreren Ebenen angesiedelte Akteurszusammenschlüsse, die von der Zentralregierung als Gegenmodell zur traditionellen und starren Kontrolle lokaler Regierungen gesehen wurde (STEWART 1997: 19; BRENNER 2004: 47; WHITNEY 1997: 31; BOOTH et al. 2002). Dadurch wurde die Konkurrenz der Quartiere untereinander verstärkt (*culture of competition*) und die Eigeninitiative der einzelnen Bewerber_innen gefordert, wobei jedoch benachteiligte Viertel oft noch stärker marginalisiert wurden (WOOD 2010: 202f; BREITFUSS et al. 2004: 16f.; STEWART 1997: 20ff.). Die seit 1997 regierende *Labour*-partei Blairs fügte sich in diesen neoliberalen Trend ein. Die Integration sozial benachteiligter Menschen in den Arbeitsmarkt stellte dabei einen wichtigen Leitgedanken dar (FULLER/GEDDES 2008: 259). Auch die seit den 1990er Jahren im Quartiersmanagement zunehmend relevanten *boards of decision* mit Repräsentant_innen der Lokalbevölkerung, des privaten wie öffentlichen Sektors, der Lokalregierung und diverser Drittsektor-Organisationen erlangten zunehmende Relevanz: „The object was to put communities at the heart of the regeneration process in order to increase local ownership, leadership and sustainability. This reflected a communitarian view and a belief in the virtues of self-help and social capital“ (LUPTON/TUROK 2004: 5-6). Es kann konstatiert werden, dass die Lokalbevölkerung immer mehr in den Mittelpunkt rückte (vgl. Abbildung 2). Der Begriff der *community* kann innerhalb dieser Entwicklung als ein (an Relevanz gewinnender) diskurstheoretischer Kontenpunkt interpretiert werden. Im Rahmen der *boards* wurden nun auch Repräsentant_innen nach ethnischen Kriterien definierender Gruppen hinsichtlich der Mitsprache bei lokalen, stadtpolitischen Maßnahmen berücksichtigt (BLAKE 1997: 26). Dies kann in Zusammenhang mit dem Diskurs um kulturelle Differenz gestellt werden, dessen

entscheidendes Moment diese nun noch stärker als Kapital für die Gesellschaft und für die städtische Entwicklung positionierte, eine Entwicklung, die von Mavrommatis illustrativ als *celebratory moment* beschrieben wird (MAVROMMATIS 2010: 571; vgl. Abbildung 1). Nachdem die Probleme von benachteiligten Quartieren durch alle bis dato vorhandenen Programme nicht gelöst werden konnten, wurde als Reaktion 1999 von der *Social Exclusion Unit* das Programm *New Deal for Communities* (NDC) begonnen, das von 1999 bis 2010 durchgeführt wurde. Aufbauend auf den vorherigen Programmen, sollte in diesem die Verantwortung vollständig an die lokalen, multisektoralen *boards of decisions* abgegeben werden, die das Herz der 39 größtenteils autonomen, quartiersbezogenen *NDC-Partnerships* darstellen (BATTY et al. 2010a; 2010b; BREITFUSS et al. 2004: 17). Das Programm stützt sich dabei auf die *National Strategy for Neighbourhood Renewal*, welche auf die Schließung der Lücke zwischen den *most deprived areas* und den restlichen *communities* abzielte (BREITFUSS et al. 2004: 17; BATTY et al. 2010a; 2010b). Die wichtigsten Neuerungen sind die bisher längste Laufzeit eines Stadtentwicklungsprogramms (11 Jahre), die relativ große Fördersumme (55 Millionen Pfund pro Partnerschaft), ein stark holistischer Ansatz – das heißt, ein ganzheitlich angelegter und möglichst viele Akteure und Akteurebenen zu beachten gewillter Ansatz, wie auch der Leitphrase „joined up solutions for joined up problems“ (BREITFUSS et al. 2004: 17) zu entnehmen ist – die stärkere Ausrichtung auf *people-based issues* (z.B. Weiterbildungserfolge der Quartiersbewohner_innen) anstelle von städtebaulichen und ortsgelunden *place-based issues* (in etwa Fassadenrenovierungen) sowie der Einbezug komplexer und zahlreicher, miteinander in Wechselbeziehung stehender Indikatoren, nach denen benachteiligte Quartiere definiert und evaluiert werden (vgl. Abbildung 1) (BREITFUSS et al. 2004: 18; FORDHAM et al. 2010; DARGAN 2009; RUSSEL 2008). Letztere sind die ortsbezogenen Faktoren „lokale Kriminalität“, „Gemeinschaftswesen“ (*community*) und „physische Raumqualität“ sowie die personenbezogenen Faktoren „Gesundheit“, „Bildung“ und „Arbeit“ beziehungsweise „Arbeitslosigkeit“ (FORDHAM 2010: 8), die Signifikanten des diskursiven Feldes darstellen. Die letztendliche Entscheidungsgewalt obliegt jedoch weiterhin der Zentralregierung, da diese über die Ausschüttung der finanziellen Mittel entscheidet.

Die Zusammenarbeit mit allen Akteuren der lokalen *community* ist zentrales Anliegen des NDC-Programms. Wie erwähnt, erscheint *community* hier als ein tendenziell leerer Knotensignifikant, welcher ein diskursives Feld strukturiert, auf dessen Boden unterschiedliche politische Maßnahmen verhandelt werden. Die *community* funktioniert in diesem Sinne als ein Signifikant, auf den unterschiedliche Lösungsstrategien innerhalb der städtischen Regenerationspolitiken Bezug nehmen. Grundsätzlich soll die Einbindung aller Bewohner_innen eines Problemquartiers die Chancen aller, von staatlichen Dienstleistungen zu profitieren, verbessern und angleichen. Diesen Anspruch verfolgt NDC intensiver als frühere quartiersbezogene Initiativen. Die *community* als lokale Gemeinschaft in einer gemeinsamen Lage, mit einer gemeinsamen Vision (zumindest potentiell) und mit der Fähigkeit zu gemeinsamen Handeln ist diesbezüglich eine Vorstellung, die nicht

nur dezidiert *NDC*, sondern allgemein den städtischen Regenerationspolitiken der 2000er Jahre zugrunde liegt: „The spotlight has come to shine on local community and a shared sense of place as solutions“ (AMIN 2002: 971). Jene Idee eines *shared sense of place* vermittelt dabei – äquivalent zum Begriff der *community* – die Schnittstellen zwischen der quartiersbezogenen ökonomischen Entwicklungspolitik und der multikulturalistischen *race policy* (und kann folglich ebenso als leerer Signifikant interpretiert werden, auf den ökonomische wie integrationspolitische Maßnahmen gleichermaßen Bezug nehmen). Ziel ist der Aufbau politisch mündiger, interessierter Bürger_innen, wobei die Wahrung „kultureller Differenz“ im Sinne von spezifischen Gruppenrechten beachtet und weiterhin als ökonomisch wertvoll betrachtet wird. Der Einbezug aller lokalen Bewohner_innen in Entscheidungsprozesse soll nicht nur die ökonomische Entwicklung des Viertels dynamisieren, sondern im Sinne einer *social cohesion* auch sozialen Zusammenhalt zwischen unterschiedlichen (kulturellen) Gruppen stärken (Institute of community cohesion 2008). Das Lokale ist das Feld potentieller, noch ungenutzter Wirtschaftskraft wie auch das Feld des Zusammenkommens kulturell unterschiedlicher Gruppen. Die spezifische Artikulation des *community*-Begriffs im Kontext der Politiken eines *NDC-partnerships* wird in Abschnitt vier noch genauer behandelt.

Im Rahmen der Debatte über soziale Exklusion und die darauf anzuwendenden Regenerationsstrategien wurden kulturelle Grenzziehungen im Zeitraum des *NDC*-Programms eher wenig thematisiert. Auch die *NDC*-Programmatik konzentriert sich stärker auf die sozioökonomische Benachteiligung von Individuen, als auf kulturell definierte Ungleichheiten (auch wenn jene teilweise thematisiert werden). Die Politik strebt stattdessen nach einer *equality of opportunity* für alle Personen, auf das (moralisiert-normativ artikulierte) antisoziale Verhalten einer neuen *urban underclass* und auf die Integration ausgeschlossener Individuen in und durch den Arbeitsmarkt (HULSE/STONE 2007: 114; FULLER/GEDDES 2008: 259f.). Vor diesem Hintergrund ist es wenig verwunderlich, dass auch die Ergebnisse der Interviews in diese Richtung deuten. „Kulturelle Differenz“ wird als eine von vielen Differenzen mitbehandelt (was auch dem aktuellen *Equality Act* des Jahres 2010 zu entnehmen ist).

5 Die Verwendung kultureller Differenzierungskategorien zur Beschreibung von Gesellschaft in der *NDC*-Fallstudie

5.1 Wie wird „kulturelle Differenz“ artikuliert?

Eine eindeutige Antwort auf die Frage, wie in städtischen, quartiersbezogenen Politiken mit „kultureller Differenz“ umgegangen wird, ob sie als dominante Gesellschaftsdifferenzierung erfasst oder in andere Formen übersetzt wird, lässt sich aus den Interviews kaum herauslesen. In einigen Fällen werden „kulturelle

Differenzen“ genutzt, in anderen nimmt die Kategorie des Kulturellen nur eine geringe Rolle bei der Beschreibung von Gesellschaft ein (es dominieren dann beispielsweise ökonomische Differenzierungen). „Kulturelle Differenz“ ist somit lediglich eine Differenzierung von Gesellschaft unter vielen, die darüber hinaus auf sehr unterschiedliche Weisen vorgebracht wird, wenn es um die diskursive Konstitution von Einzelgruppen geht.

„You have some groups, say, the **Indian group** [...], who have, I mean, early ways of mass migration, [...] so they're really well established community, [...] you then have a **black Caribbean group** which is very different, they've been here for a long time, but have suffered, I think, more discrimination and stereo-typing [...] particularly **black men**, [...] and then you have **Bangladeshi and Pakistani groups**, who on the whole [...] came from rural backgrounds often [...]. But, what you tend to see is, **black Caribbean groups**, **black groups** are more likely to want to be involved but have quite poor representation, [...] **Pakistani, Bangladeshi groups**, I think struggled to get involved [...]. [...] and so you have, say an **Asian community** here which is quite isolated and then you have a **white community** over here, often there is a lot of jealousy [...]“ (*Interview 1*).

Wie in diesem Zitat deutlich wird, ist sowohl hinsichtlich der Terminologie als auch der jeweiligen Äquivalenz- und Differenzbeziehungen eine starke Heterogenität erkennbar. So wird im Sprachgebrauch keine Unterscheidung zwischen ethnischen (*black Caribbean*) und auf Staaten (*Somali*) oder Kontinente (*Asian*) bezogenen Differenzierungen getroffen. Festgestellt werden kann, dass es verhältnismäßig häufig zu inhaltlichen Überschneidungen zwischen rassifizierenden Begriffen (*Black*) und Begriffen ethnischer Art (*black and ethnic minorities, black Caribbean* etc.) kommt. Auch werden beispielsweise *black and ethnic minorities, Asian, Bangladeshi*, aber auch *Muslims, migrants and refugees* oder *new communities* oft im selben Kontext verwendet, teilweise sogar innerhalb eines Satzes im Zuge einer Aufzählung gleichgesetzt (*Interview 3, 7*).

„I mean, it had started before the program but it's been creased and I think **Turkish, Somali, and some west African**, I think probably the bigger ones, it's always had, it's never been a hundred percent **white British**, it's always had a bit of a mix [...]. [...] where some of those communities started to move in, maybe ten years previously before this area, [...] **Somali working men groups, Somali women reading groups**, so things that starting to kind of emerge in the area, they weren't down here when we started because the **communities were so new** and weren't staying very long, [...].but it was for **the old, the old group**, you know, the old men and women who lived here all their lives, they had kind of support networks and social groups.“ (*Interview 3*).

Demgegenüber scheint ein Teil der Gesellschaft zu stehen, der mit Worten wie *white British community, white workingmiddle class, old group* oder *traditional group* beschrieben wird (*Interviews 2; 3*).

„[...] I don't think we'd ever really found ways to get those **new communities** involved in it, and part of that I think is because they are quite so new, and part of that it is because, I think, that people who are moving in whatever demography they are, people who are moving into the area now tend to only stay for two or three years before moving out, whether you know, the **traditional communities** that've been here for fifty years [...]“ (*Interview 3*).

Interessant ist in diesem Zuge ein weiterer Aspekt der kulturellen Gesellschaftsdifferenzierung. Wird jene grundsätzlich heterogen und äquivalent zu anderen gesellschaftlichen Differenzierungen artikuliert, so ist ihr doch eins gemein: sie wird fast immer im Kontext von Problemen behandelt. Dies mag zu Teilen am Untersuchungsdesign selbst liegen, schließlich wurden die Interviewpartner_innen auf Grund ihrer Beziehung zum NDC-Programm ausgewählt, einem Programm das auf die Transformation und Verbesserung sozial benachteiligter Viertel ausgerichtet ist und damit einen deutlichen Problembezug aufweist. Dennoch ist auffällig, dass „kulturelle Differenzen“ nicht etwa als Ressource gesehen werden, wie die auf politischer Ebene angesiedelten Diskurse um kulturelle Differenz suggerieren würden. Stattdessen werden sie überwiegend mit Problemen wie beispielsweise geringer Bildung und schlechten Englischkenntnissen, Armut, übermäßigem Alkohol- und Drogenkonsum, Arbeitslosigkeit oder physischen und psychischen Beeinträchtigungen verknüpft (Interviews 1, 3, 4, 5, 6, 7) Auf Regierungsebene wird „kulturelle Differenz“ darüber hinaus auch als besondere Schwierigkeit im Rahmen der Steuerung von Quartieren thematisiert (Interview 1). Dementsprechend spiegeln sich die Leitvorstellungen der aktuellen Regierung in einem verstärkten Fokus auf Dezentralisierung und lokalspezifischer Zusammenarbeit wider. Zum einen wird versucht, Quartiere verstärkt über den Einbezug von Entscheidungsgremien, denen Repräsentant_innen der Lokalbevölkerung angehören, zu regieren, zum anderen wird mit dem Hintergedanken gearbeitet, lokale *communities* darüber zu definieren, „was jene wollen“ (Interview 1). Im Rahmen dieser Leitbilder taucht jedoch die Schwierigkeit auf, eine solche dezentrale Selbstverwaltungsstrategie mit dem Ziel einer politischen Integration aller partikularen Teile eines städtischen Quartiers zu vereinen. In diesem Kontext wird „kulturelle Differenz“ als Konfliktfeld betrachtet, welches ein dezentral-selbstverwaltendes Vorgehen erschwert. Es wird angenommen, dass partikulare Gruppen, die sich entlang „ethnischer Linien“ („*ethnic lines*“, Interview 1) formen, die Genese eines für alle lokalen Bewohner_innen repräsentativen Entscheidungs-*boards* erschweren, da einzelne Gruppen oder Gruppenmitglieder leicht über andere, weniger erfahrene dominieren (Interview 1).

5.2 Die Rolle des *community*-Begriffs

Neben den Artikulationen kultureller Differenzen zeigt sich ein weiteres semantisches Konzept als relevant für das Verständnis der im weiteren Verlauf skizzierten Ergebnisse. Es handelt sich um den Begriff der *community*, der im vielfach genutzten Terminus *black and minority ethnic communities* enthalten ist. Der Begriff der *community* wird sehr heterogen verwendet. Überhaupt erscheint das populäre Konzept der *community* in aktuellen Diskursen städtischer Politiken als eine häufig verwendete, aber überdeterminierte und damit in ihrer Bedeutung gleichzeitig unterdeterminierte Kategorie zur Beschreibung von Gesellschaft (WALLACE 2010: 805-815) zu sein. Eine Analyse der Artikulation des Begriffes zeigt, dass „kulturelle

Differenz“ auf unterschiedliche Arten mit diesem gedacht und verknüpft werden kann. Auch die Konstitution einzelner, kulturell definierter Gruppen und deren Positionierung im neoliberalen Diskurs städtischer Politiken sind auf diese Weise besser nachvollziehbar. In den geführten Interviews fallen immer wieder unterschiedliche Nutzungen des Begriffs *community* auf.

„So the NDC has its defined areas. It defines that area as a community. So you have **community in a spatial sense**. But within that area are various **communities of interest**, so communities that form around ethnicity or religion. The NDC program tended that the sort of pattern of engagement was around funding workers who would try to **organize the communities of interest** that weren't already representing themselves strongly. So they, they would go out and seek perhaps a small, the small group of, say, Philipinos living in that area, and try to get them to come together to organize themselves into a local society. [...] So there's a lot of organizing of communities based on interest within that sort of container which is the spatial community.“ (*Interview 1*).

Über das obige Zitat hinaus scheint auch in anderen Fällen von einer, zumindest implizit mitgedachten, Trennung zwischen einer *community in a spatial sense*, die sich rein durch ihre räumliche Nähe definiert, und einer *community of interest*, einer durch gemeinsame Interessen, einer gemeinsame Lage und/oder gemeinsamen Zielen entstandenen Gemeinschaft, ausgegangen zu werden (Interviews 1, 3, 6, 7). Diese Differenzierung ist jedoch meist nicht trennscharf auszumachen. Der Begriff der *community* beschreibt vor diesem Hintergrund eine mehr oder minder lokal zu verortende Gemeinschaft, wobei der Fokus teils stärker auf räumliche Nähe, teils stärker auf einen gemeinsamen Herkunftskontext oder eine gemeinsame Lage gelenkt wird. In diesem Sinne werden *communities* als tendenziell unstrukturierte lokale Gemeinschaften verstanden, die zwar kollektive Interessen besitzen mögen, jedoch von außen durch Engagement seitens des Staates noch fokussiert und geformt werden müssen. Aus einer solchen Fokussierung kann eine dritte *community*-Kategorie hervorgehen, eine *organized community of interest* (vgl. Tabelle 2).

Ist dies der Fall, wird die betreffende *community* als institutionalisierte Gruppe angesehen und als solche häufiger in Kombination mit positiven Attributen beziehungsweise mit als positiv konnotierten Chancen und Möglichkeiten artikuliert. (Interviews 3, 5, 6, 7). Eine solche Gruppe wird als greif- und kontaktierbare

Tab. 2: Unterschiedliche Nutzungen des *community*-Begriffs

Community-Begriff	Beispiel
„community in a spatial sense“	EC1-Neighbourhood
„community of interest“	Somali community
„organized community of interest“	Somali church group

Quelle: eigene Darstellung

Institution verstanden, deren ziviles Eigenengagement sich positiv in den aktuellen Diskurs um die Relevanz zivilgesellschaftlicher Gruppierungen einfügt: „[...] and everyone agreed that voluntary groups and community groups are a very important way of working with the community [...]“ (Interview 5). Sollen jene institutionalisierten Formen einer *community* angesprochen werden, fallen Begriffe wie *community groups*, *community associations* oder *ethnic community organisations*. Jedoch wird an manchen Stellen der Aussagen auch der allgemeine Signifikant „*communities*“ verwendet, um jene bereits institutionalisierten Gruppierungen zu identifizieren, was letztlich in einem tendenziell undurchsichtigen Muster bezüglich der Artikulation des *community*-Begriffes resultiert. *Communities* als diffuse, mehr oder minder lokal zu verortende Gemeinschaften werden im Gegensatz zu den institutionalisierten *community organisations* zu großen Teilen mit diversen Problemen sozio-ökonomischer Art und dem Problem der schweren Erreichbarkeit seitens staatlicher Maßnahmen (vor allem wegen sprachlicher und kultureller Barrieren) in Verbindung gebracht (Interviews 1, 4, 5, 6, 7): „those, [...] ethnicity organisations like the somali organisation, the bangladeshi association, they tend to work [...] specifically with those types of communities and those types communities have specific needs that they can respond to, because they're aware of sort of cultural barriers, or language, they can engage with people cause they speak the same language and they an understanding of kind of all the cultural issues that go behind it, so, if there's newly arrived communities from Bangladesh, they be able to support those people with any issues better than maybe more mainstream organisation because they will have a better understanding of their needs“ (Interview 7). Die bereits institutionalisierte *community group* ist als greifbarer Partner gewünscht (Interviews 1, 5, 7) während nicht näher definierte, diffuse Gruppen – im Allgemeinen als *ethnic community* bezeichnet, oft auch mit nationalstaatlichen Kategorien (*Somali*, *Bangladeshi*, *Chinese community* etc.) äquivalent gesetzt – als stärker problembehaftet ausgedrückt werden (Interviews 1, 3, 4, 6, 7). Grundsätzlich wird also davon ausgegangen, dass die Gesellschaft in nationalstaatlich differenzierte *communities* gliedert ist, diese jedoch nur teilweise organisiert sind. Eine noch nicht institutionalisierte *community* soll vor diesem Hintergrund in eine greifbare *local society* überführt werden (Interview 1). Diese Thesen bedürfen jedoch weiterer Forschung, da sie bisher aus noch wenigen Einzelinterviews abgeleitet sind.

In unseren Interviews überweg beim Gebrauch des *communitiy*-Begriffs das auf der Vorstellung einer diffusen Interessengemeinschaft (mit ähnlicher Lage) beruhende Verständnis von *community*. Für die Frage nach kulturell geprägten Gesellschaftsdifferenzierungen könnte dies bedeuten, dass die Unschärfe in der Artikulation bezüglich des *community*-Begriffs dazu führt, dass aus kultureller Differenzierung resultierende Kategorien (je nach Wortwahl) implizit auch als *community of interest* oder sogar als *organized community of interest*, also als mehr oder weniger institutionalisierte Interessengemeinschaften mitgedacht werden. Der Gedanke eines „kollektiven Interesses“, wie er an den Begriff institutionalisierter

community groups gebunden ist, scheint schnell zusammen mit dem Begriff der *community* an sich gedacht zu werden. Hier besteht Gefahr, allzu homogene lokale Gemeinschaften zu denken und die Heterogenität an Interessen und Identitäten von Menschen auszublenden, welche vielleicht alleine Religion oder Geburtsland der Eltern gemeinsam haben (HALL 2004a [2000]: 200ff.). So zeigt sich beispielsweise, dass jüngere Brit_innen mit Migrationshintergrund andere Ansprüche und Forderungen an die Gesamtgesellschaft bezüglich ihrer sozialen Position äußern als die Generationen ihrer Eltern oder die sogenannten *community leaders* (AMIN 2002). Diese Gedanken tauchen im Rahmen der untersuchten stadtpolitischen Maßnahmen teilweise auch auf beziehungsweise werden von manchen der Interviewpartner_innen reflektiert. So wurde auf Regierungsebene das Problem angesprochen, dass bei der Zusammenarbeit mit bereits institutionalisierten kulturellen *community groups* als Ansprechpartner_innen vielfach solche Repräsentant_innen zur Verfügung stehen, die keine ausreichenden Verbindungen zu der von jenen *community groups* ihrem eigenen Anspruch nach ebenso zu vertretenden jüngeren Generation wie auch zu den weiblichen *community*-Mitgliedern besitzen. Die Führungspersonen jener *community groups* seien als „Männer in ihren 50ern“ nur als Teil der jeweiligen Gruppe zu verstehen und nicht repräsentativ für die Gesamtheit der kulturellen Minderheit, so die Aussagen der Interviewpartner_innen auf Regierungsebene (Interview 1). Generell muss gesagt werden, dass die oft unspezifische und auch aus dem Kontext nicht klar zu definierende Nutzung des Begriffs *community* keine eindeutigen Ergebnisse zulässt.

5.3 Ethnic communities als *hard-to-reach*: Der Diskurs des Involvement

Die dominante Problemkategorie, welche die übrigen Problemfelder strukturiert, verknüpft und mit welcher kulturelle Differenzierungen vermehrt artikuliert werden, ist jene des „nicht-involviert-seins“. Ethnische Minderheiten werden innerhalb dieses diskursiven Feldes als *hard-to-reach-communities* gedacht, welche außerhalb des Einflussbereiches staatlicher Maßnahmen liegen. *Hard-to-reach-communities* werden mit sozialen Problemen wie Armut, Verbrechen, Arbeitslosigkeit, Drogenmissbrauch, Ausgrenzung und Bildungsmangel in Verbindung gebracht und teilweise auch mit dem Bild der „Problemfamilie“ ausgedrückt [„so I’m always working with lots of difficult, you know hard to reach communities, so I worked with a lot families affected by you know poverty, a lot of crime“ (Interview 4)]. Als Begriff tauchen *hard-to-reach-communities* im Kontext der diskursiven Darlegung einerseits der Probleme von *ethnic* sowie *migrant communities* (Interview 5) und/oder der Maßnahmen zur Zusammenarbeit mit diesen auf (Interviews 4; 5). Eine „schwere Erreichbarkeit“ wie „mangelnde Involviertheit“ hinsichtlich staatlicher Maßnahmen einerseits sowie „kulturellen Differenzen“, wie beispielsweise aktuell die Kategorie *Muslim*, werden oftmals zusammen artikuliert [„particularly

from communities that are not engaged, that are a lot of refugees and asylum seekers, like young Muslim youth, like young Somali youth“ (Interview 4)]. Im Anschluss daran wird hier die These vertreten, dass ein diskursives Feld des *Involvement* existiert, welches in den Kontext der Diskussion der 2000er Jahre um *social cohesion* und Multikulturalismus zu stellen ist. Das involvierte Subjekt ist innerhalb dieses Diskurses das erstrebenswerte und förderliche Subjekt (WEEDON 2011; MEER/MODOOD 2009: 473-485; HULSE/STONE 2007: 112-115; *Commission on Integration and Cohesion* 2007a: 12-34; 2007b: 38-45). So gehörte die Involvierung aller Problemgruppen auch zu den obersten Zielen des NDC-Programms (BATTY et al. 2010a, 2010b: 10ff.).

„[...] the Labour government, the last government, they, they talked a lot about things like community empowerment and community engagement and community cohesion, so different communities getting on better together, but it was all about finding ways to kind of get people involved in things, but get people involved in the structures that already existed [...] (Interview 3)

Begriffe wie *community empowerment*, *community engagement* und *community cohesion* sind in offiziellen, staatlich geförderten Dokumenten städtischer Politiken in Großbritannien als stark frequentierte Knotenpunkte zu verstehen, die den *Involvement*-Diskurs der letzten Jahre strukturieren und formen. Diese Knotenpunkte können als leere Signifikanten interpretiert werden, welche innerhalb der diskursiven Aushandlungen des politischen Feldes überdeterminiert und dadurch in ihrer Bedeutung gleichzeitig unterdeterminiert sind (RECKWITZ 2008: 73ff.). Die Idee der *social cohesion* impliziert ein System unterschiedlicher, aber miteinander vernetzter Individuen und Gruppen, die unter der Prämisse eines regen, aktiven Austausches untereinander in das Gesamtgefüge eingebunden sind und insbesondere in Zusammenhang mit der Idee des Multikulturalismus verwendet wurden. In diesem Sinne impliziert *social cohesion* die Leitidee der Integration von Differenz über gemeinsame Universalwerte. Letztere basieren unter anderem auch auf der Sicherstellung einer *equality of opportunity* für alle partikularen Gruppen (MEER/MODOOD 2009: 473- 485; HULSE/STONE 2007: 112ff.; *Institute of Community Cohesion* 2008). Wird jene Chancengleichheit sichergestellt, sowohl für Personen unterschiedlicher kultureller Hintergründe, aber auch bezüglich des Geschlechts, des Alters oder des Wohnorts, kann, so der Gedanke, die Gesamtgesellschaft ökonomisch von der Vielfalt an Individuen profitieren (DCLG 2009: 8ff.). Vor diesem Hintergrund erscheinen nicht involvierte und zur Zusammenarbeit fähige Individuen (z.B. jene, die Parallelleben führen) sowohl für das Projekt des Multikulturalismus als auch das Projekt des sozialen Zusammenhalts hinderlich. Der aktuelle *Involvement*-Diskurs wird zudem von der politischen Idee der *Big Society* aufgegriffen, wie sie die neue *Conservative*-Regierung David Camerons seit 2010 propagiert. Das noch vage Programm fördert dezentralistische Modelle, die ein Aufleben des Drittsektors und die Übernahme von Verantwortung seitens der lokalen *communities* beinhalten und charakterisiert sich als Förderung einer Gesellschaft des Eigenengagements (Interviews 1; 3; 8).

Um den Diskurs weiter zu charakterisieren wird an jenen Momenten angesetzt, an denen nicht-involvierte Elemente in antagonistischer Logik artikuliert werden. Der Diskurs des „Involviert-Seins“ benötigt, um seine eigene Identität sowie die der durch ihn angerufenen Subjekte zu festigen, einen antagonistischen Gegendiskurs eines „verworfenen, im radikalen Sinne anderen Außen“ (RECKWITZ 2008: 77), einen Bereich des nicht Greifbaren und Bedrohlichen, die „negation of a given order“ (LACLAU/MOUFFE 1985). Das radikale Außen des „Involviert-Seins“-Diskurses ist in diesem Sinne der Bereich des „nicht-Involviert-seins“, der Bereich der *hard-to-reach-communities*, welche außerhalb der gesellschaftlichen Ordnung ein problembehaftetes Dasein führen und sich dem staatlichen Zugriff entziehen. Vor dem Hintergrund der britischen Multikulturalismus-Debatte der 2000er Jahre und dem dieser innewohnenden Gedanken der *social cohesion* (Commission on Integration and Cohesion 2007a, 2007b; BERKELEY 2003) können jene *hard-to-reach-communities* der Meinung der Verfasser_innen nach als Fremdkörper interpretiert werden. Diese schwer zu erreichenden Gruppen mögen zwar innerhalb ihrer selbst ein funktionierendes soziales Netz aufweisen, das den einzelnen Individuen Vorteile verschafft, als nicht mit dem Gesamtsystem verbundene Gruppen jedoch sind sie ein Problem. *Social cohesion* funktioniert nach dieser Logik nur in einem (gruppen) übergreifenden Geflecht von multisektoralen Partnerschaften. Auf Regierungsebene wurde die Besorgnis ausgedrückt, dass die Integration in eine partikulare kulturelle Gruppe keine Brücke zum Mainstream spannen kann (Interview 1), sondern *parallel lives* – ein weiteres politisches Schlagwort des -Diskurses um *social cohesion* (Community Cohesion Panel 2004) – fördert. Die Leitvorstellung ist jene des Zusammenlaufens aller von partikularen Gruppierungen getragenen Informations- und Organisationsstränge in einem Zentrum, der lokalen Regierung auf städtischer Ebene oder den Ministerien auf nationaler Ebene. Eine voll involvierte ethnische Gemeinschaft ist in diesem Sinne eine mit bereits institutionalisiertem Kern, welche zudem zur Zusammenarbeit mit staatlichen Organen bereit und in der Lage ist. Als potentielle Träger einer noch zu formenden *local society* verstanden, erscheinen kulturell definierte Minderheitsgruppen ohne jenen bereits sichtlich vorhandenen, institutionellen Kern einer Lokalgemeinschaft eher problematisch (Interview 1). Die diskursive Formation des „Involviert-seins“ steht dabei dem antagonistischen Außen des „nicht-Involvierten“ gegenüber (siehe Abbildung 3).

Auf der Ebene der Subjekte sind analog zu diesem Diskurs involvierte und integrierte Subjekte von solchen zu unterscheiden, die keinen Eigenantrieb zum Engagement zeigen, aus Problemfamilien stammen und kein Englisch sprechen. Letztere Subjekte sind Gegenstand der Sorge aller Interviewpartner_innen und werden sehr oft mit ethnischen Minderheiten in Verbindung gebracht. Der Diskurs des *Involvement* strukturiert dabei die Vorstellungen über die eigene Arbeit und die eigene Rolle im Rahmen stadtpolitischer Maßnahmen seitens der Interviewpartner_innen. Auffällig ist jedoch ein gewisses Eingeständnis auf allen Ebenen, dass zu wenig getan wurde, um die wirklich schwer zu erreichenden Subjekte zu involvieren. Diese Subjekte werden als Elemente artikuliert, die den Diskurs des

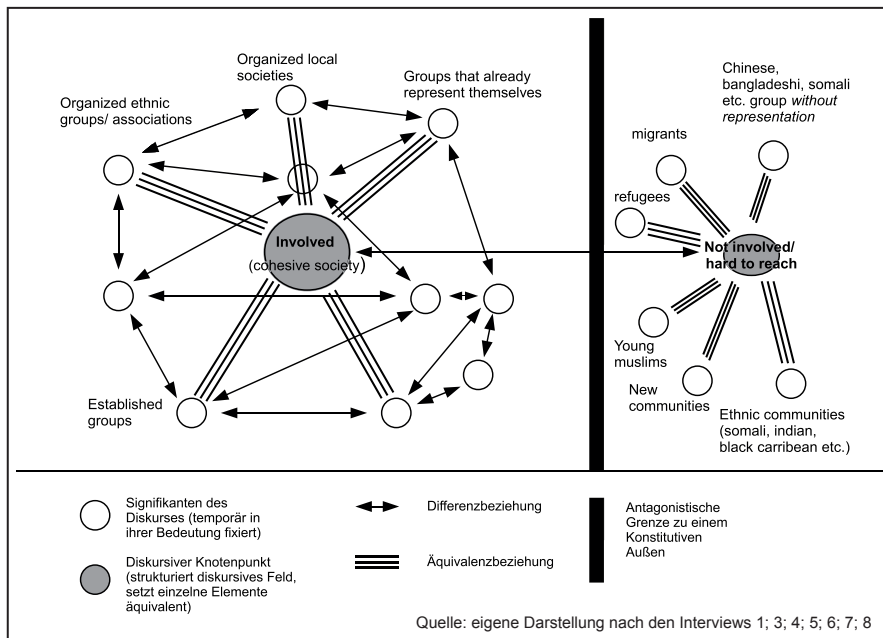


Abb. 3: Diskursives Feld des Involvement

„Involviert-Seins“ umkehren und als Positionen im Gegendiskurs des *not-involved* funktionieren. Letztlich ist das diskursive Feld des *not-involved* der immer mitschwingende Gegenentwurf zur dominanten Vorstellung wünschenswerter, involvierter Subjekte und als solcher ist er dazu in der Lage, die von uns interviewten Personen kritisch bezüglich der Maßnahmen und Logiken des *NDC* Programms werden zu lassen.

Der Diskurs des *Involvement* scheint dabei zwischen verschiedenen Stärken des *Involvements* zu unterscheiden. Jener unbewusst artikulierte und nicht genauer definierte *Involvement*-Gradient, der an einer flexiblen Stelle zwischen „noch genug involviert“ und „nicht mehr genug involviert“ unterscheidet, lässt sich jedoch im Rahmen unserer Interviews nicht genau charakterisieren. Grundsätzlich wird von staatlicher Seite ein „Involviert-sein“ in bereits vorhandene staatliche Strukturen gefordert (Interview 3), partikulares „Involviert-sein“ reicht oft nicht aus. Auch wird manche gesellschaftliche Differenzierung als in besonderem Maße schwer erreichbar artikuliert. Dazu zählen vor allem junge Menschen, die, in Kombination mit ihrer Zugehörigkeit zu einer *black and minority ethnic group*, in auffälligem Maße als außerhalb des staatlichen Einflusses diskursiv verortet werden (Interview 4). Das teilweise auftauchende Verständnis des Begriffes *community* als homogene Einheit (WALLACE 2010: 808ff.; LUPTON/TUROK 2004: 5ff.) entpuppt sich

im diskursiven Feld des *Involvement* als unzulänglich, insofern als dass die hohe Verschiedenartigkeit von *communities* in Letzterem deutlich artikuliert wird. Die Unbestimmtheit des Begriffes der Involviertheit lässt diesen letztlich ebenso als einen leeren Signifikanten erscheinen, der seine Identität aus der antagonistischen Differenz zur nicht-Involviertheit gewinnt.

6 Fazit: „Kulturelle Differenz“ im Kontext quartiersbezogener Politiken

Ziel des Aufsatzes war es, zu untersuchen, auf welche Arten beziehungsweise welchen Logiken folgend im Rahmen eines stadtpolitischen, quartiersbezogenen Regenerationsprogramms Gesellschaft strukturiert wird. Welche partikularen Gruppen werden diskursiv gebildet, wenn die Ziele und Leitideen des Programms sowie die als Zielgruppen identifizierten Individuen beschrieben werden? Einen besonderen Fokus legte der Aufsatz dabei auf die Frage, wie „kulturelle Differenz“ gedacht und mit welchen Themen sie in Verbindung gebracht wird. Dabei konzentrierte sich die Arbeit auf das britische *New Deal for Communities*-Programm.

Zunächst zeigte die Analyse der Interviews, dass „kulturelle Differenz“ überaus heterogen und mittels sehr unterschiedlicher Begriffe artikuliert wird. In diesem Zusammenhang wurden sowohl der Begriff *ethnic*, als auch der Begriff *community* sehr heterogen verwendet (so dass die Kategorie *ethnic community* als in besonderem Maße „unscharf“, da in ihrer Identität unter- und gleichzeitig überdeterminiert bezeichnet werden kann). Auch wird im Sprachgebrauch oftmals keine ersichtliche (zum Beispiel nach thematischen Feldern differenzierende) Unterscheidung zwischen ethnischen (*black Caribbean*), auf Staaten (*Somali group*) oder Kontinente (*Asian group*) bezogenen Gesellschaftsdifferenzierungen artikuliert. Gleichzeitig kommt es verhältnismäßig häufig zu inhaltlichen Überschneidungen zwischen rassifizierenden Begriffen (*Black*) und Begriffen ethnischer Art (*black and ethnic minorities, black Caribbean* etc.).

Entsprechend der heterogenen Verwendung von Begriffen wie *ethnic* und *community* geht auch der Diskurs um *Involvement*, der sich im Zuge dieser Arbeit als dominant herausstellte, mit der Artikulation von unterschiedlichen, mehr oder weniger als problematisch beschriebenen Formen von *communities* einher. Es zeigte sich, dass über „kulturelle Differenz“ konstituierte, partikulare Gruppen im Rahmen des *Involvement*-Diskurses als schwer zu erreichend und nicht genug involviert betrachtet werden. Die mangelnde Involvierung und Vernetzung wird dabei als negativ beurteilt sowie einem gewissen Versagen staatlicher Maßnahmen zugeschrieben. Insbesondere die diffuse, nicht institutionalisierte *ethnic community* wird in erster Linie mit Problemen (vor allem: Barrieren) in Verbindung gebracht, während in institutionalisierten *ethnic community groups* Chancen für das Erreichen beziehungsweise Involvieren jener *ethnic communities* verortet werden.

Diese Ergebnisse können ferner vor dem Hintergrund der in aktuellen Diskursen städtischer Politik dominanten neoliberalen Führungsstrategie interpretiert werden. Jene übersetzt sich in ökonomischer Hinsicht als „auf deregulierte, individuelle Arbeitskraft angewiesenes Produktionsparadigma“ (DÖRFLER 2011: 92) und geht diesbezüglich von eigenständigen und autarken Individuen aus. Letztere werden zudem als selbstverantwortliche, sich aktiv einbringende und involvierte Akteure gedacht, während sich die Anstrengungen seitens des Staates konsequenterweise darauf konzentrieren, Individuen zu mehr Eigenverantwortung und Engagement sowie zur organisierten Interessensselbstvertretung anzuleiten (Kritiker_innen dieses Programms deuten indes darauf hin, dass das Individuum trotz der geforderten Eigenverantwortlichkeit und Entscheidungskompetenz lediglich aus einem von staatlicher Seite aus begrenzten Feld von Handlungsoptionen wählen kann und soll) (FULLER/GEDDES 2008: 265; STEWART 1997: 19-21). Für ein solches Programm sind involvierte Individuen sowie involvierte, sich aus Eigenengagement heraus gebildete Gruppen (wie sie innerhalb des *Involvement*-Diskurses gefordert werden) Voraussetzung. Nicht zuletzt funktioniert die an die neoliberalen Maxime der Eigenverantwortung anschließende Argumentation, das Subjekt sei selbst dafür verantwortlich, wenn es trotz staatlicher Hilfsangebote seine Position nicht zu verbessern vermag, nur, wenn Individuen und Gruppen in staatliche Fördermaßnahmen auch eingebunden sind. Grundsätzlich ist festzustellen, dass über die Strategie, das Individuum als Teil einer institutionalisierten Gruppe einzubinden und letztere gleichzeitig zu propagieren, Gesellschaft immer wieder (in jene einzelnen Gruppen und die von ihnen vertretenen *communities*) strukturiert wird.

Augenfällig ist überdies, dass die skizzierte neoliberale Logik im Rahmen städtischer Regenerationsprogramme die eigene individualisierende Perspektive nicht zu festigen in der Lage ist. In diesem Sinne kann das Streben der *NDC*-Politiken (und generell der politischen Maßnahmen innerhalb eines *NDC-partnerships*) nach stärkerer Einbindung und Vernetzung aller einzelner Akteure und Gruppen als ein Moment interpretiert werden, an dem jene Logik des autarken, selbstständigen Individuums an ihre Grenzen gerät. Dem Fokus auf Vernetzung und Involvierung wohnt dabei im speziellen Kontext quartiersbezogener Regenerationspolitiken die Chance inne, strukturell benachteiligten Individuen, die keine „Eigendynamik“ und „innovativen Unternehmergeist“ aufzuweisen in der Lage sind, im wohlfahrtsstaatlichen Sinne Hilfe bieten zu können.

Die skizzierten Ergebnisse der vorliegenden Arbeit sollen erste Schritte dabei leisten, aufzuzeigen, wie im alltäglichen Sprechen hinsichtlich „kultureller Differenz“ bestimmte Identitäten (re-)produziert werden. Der Diskurs um *Involvement* illustriert in diesem Sinne, in welchem diskursiven Kontext „kulturelle Differenz“ relevant wird. Obwohl innerhalb der offiziellen *NDC*-Programmatik „kulturelle Differenz“ tendenziell als eine Differenz von vielen betrachtet wird, spielt sie im alltäglichen Sprechen über bestimmte Gruppen und im Rahmen der daraus resultierenden diskursiven Strukturierung von Gesellschaft eine wichtige Rolle.

Literatur

- ANDERSSON, Roger & Sako MUSTERD. 2005: Area-based-policies: a critical appraisal. In: Tijdschrift voor Economische en Sociale Geografie 96/4: 377-389.
- AMIN, Ash. 2002: Ethnicity and the multicultural city. In: Environment and planning A 34/6: 959-980.
- BATTY, Elaine et al. 2010 a: Involving local people in regeneration: Evidence from the New Deal for Communities Programme. The New Deal for Communities National Evaluation: Final report – Volume 2. Departement for Communities and Local Government.
- BATTY, Elaine et al. 2010 b: The New Deal for Communities Experience: A final assessment. The New Deal for Communities Evaluation: Final report – Volume 7. Departement for Communities and Local Government.
- BERKELEY, Rob. (2003): The year of cohesion (speech). <<http://www.runnymedetrust.org/uploads/projects/communityCohesion/theYearOfCohesion.pdf>> 07.09.2011.
- BLAKE, R.N.E. 1997: Nottingham City Challenge: Policies and programmes, 1992-1997. In: Hommes et Terres du Nord 1: 25-30.
- BOOTH, Philip et al. 2002: British urban policy since 1997. Change and continuity, In: Hommes et Terres du Nord 3: 34-42.
- BREITFUSS, Andrea et al. 2004: Städtestrategien gegen Armut und soziale Ausgrenzung. In: AK Wien (Hg.): Herausforderungen für eine sozialverträgliche Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungspolitik. Wien.
- BRENNER, Neil. 2004: Urban Governance and the Production of New State Spaces in Western Europe, 1960-2000. In: Review of International Political Economy 11/3: 447-488.
- BRÖCKLING, Ulrich. 2007. Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform. Frankfurt/Main.
- Community Cohesion Panel. 2004: The end of parallel lives? The report of the community cohesion panel. <<http://www.communities.gov.uk/documents/communities/pdf/153866.pdf>> 15.07.2011.
- Commission on Integration and Cohesion. 2007a: Our interim statement. <<http://resources.cohesioninstitute.org.uk/Publications/Documents/Document/DownloadDocumentsFile.aspx?recordId=64&file=PDFversion.>> 06.09.2011.
- Commission on Integration and Cohesion. 2007b: Shared future. <<http://resources.cohesioninstitute.org.uk/Publications/Documents/Document/DownloadDocumentsFile.aspx?recordId=18&file=PDFversion.>> 06.09.2011.
- DARGAN, Lorna. 2009: Participation and Local Urban Regeneration: The Case of the New Deal for Communities (NDC) in the UK, In: Regional Studies 43/2: 305-317.
- Department of Communities and local Government. 2009: Tackling race inequalities. A discussion document. London. <<http://www.communities.gov.uk/documents/communities/pdf/1155456.pdf>> 10.08.11.
- DÖRFLER, Thomas. 2011: Antinomien des (neuen) Urbanismus. Henri Lefebvre, die HafenCity Hamburg und die Produktion des posturbanen Raumes. Eine Forschungsskizze. In: Raumforschung und Raumordnung 69/2: 91-104.
- Equality Act 2010. <<http://www.legislation.gov.uk/ukpga/2010/15/contents>> 10.08.2011.
- FOUCAULT, Michel. 1972: Die Ordnung des Diskurses. Frankfurt am Main.
- FORDHAM, Geoff. 2010: The New Deal for Communities Programme: Achieving a neighbourhood focus for regeneration. The New Deal for Communities National Evaluation: Final report – Volume 1. Department for Communities and Local Government.
- FORDHAM, Geoff et al. 2010: What works in neighbourhood-level regeneration? The views of key stakeholders in the New Deal for Communities Programme. Department for Communities and Local Government.

- FULLER, Crispian & Mike GEDDES. 2008: Urban Governance Under Neoliberalism: New Labour and the Restructuring of State-Space. In: *Antipode* 40/2: 252-282.
- GLASZE, Georg & Annika MATTISEK. 2009: Die Hegemonie- und Diskurstheorie von Laclau und Mouffe. In: GLASZE, Georg & Annika MATTISEK. (Hg.): *Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung*: 153-181.
- HALL, Stuart. 2003: New Labour's double shuffle. In: *Soundings* 24: 10-24.
- HALL, Stuart. 2000 (2004a): Die Frage des Multikulturalismus. In: HALL, Stuart. (2004): *Ideologie, Identität, Repräsentation. Ausgewählte Schriften* 4. Hamburg: 188-228.
- HALL, Stuart. 2000 (2004b): Das Spektakel des Anderen. In: HALL, Stuart. (2004): *Ideologie, Identität, Repräsentation. Ausgewählte Schriften* 4. Hamburg: 108-167.
- HEINEBERG, Heinz. 1991: Großbritannien. Aspekte der Wirtschafts-, Regional und Stadtentwicklung in der Thatcher-Ära. In: *Geographische Rundschau* 43/1: 4-13.
- HITCHIN, John. 2011: EC1 New Deal for Communities 2001-2011. Final Evaluation. London.
- HITCHIN, John & Kirby SWALES. 2010: EC1 NDC: A final evaluation. London.
- HULSE, Kath & Wendy STONE. 2007: Social cohesion, social capital and social exclusion. A cross cultural comparison. In: *Policy Studies* 28/2: 109-128. Institute of community cohesion 2008: prospectus.
- Institute of community cohesion*. (2008): Prospectus. <http://www.cohesioninstitute.org.uk/live/images/cme_resources/Public/documents/brochures/iCoCoProspectus.pdf> 02.07.2011.
- LACLAU, Ernesto & Chantal MOUFFE. 1985 (2001): *Hegemony and socialist strategy. Towards a radical democratic politics*. London.
- LACLAU, Ernesto & Chantal MOUFFE. 2006: *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*. Wien.
- LUPTON, Ruth & Ivan TUROK 2004: *Anti-Poverty Policies in Britain: Area-Based and People-Based Approaches*. <http://www.gla.ac.uk/media/media_72848_en.pdf> 06.09.2011.
- MATTISEK, Annika. 2008: *Die neoliberale Stadt*. Bielefeld.
- MAVROMMATIS, George. 2010: A racial archaeology of space: A journey through the political imaginings of brixton and brick lane, London, In: *Journal of ethnic and migration studies* 36/4: 561-679.
- MEER, Nasar & Tariq MODOOD. 2009: The Multicultural State We're In: Muslims, 'Multiculture' and the 'Civic Re-balancing' of British Multiculturalism. In: *Political Studies* 57: 473-497.
- RECKWITZ, Andreas. 2008: *Subjekt*. Bielefeld.
- RUSSEL, Hilary. 2008: *Community engagement. Some lessons from the New Deal for Communities Programme*. Department for Communities and Local Government.
- STEWART, Murray. (1997): *Some lessons from the New Deal for Communities Programme*. In: *Hommes et Terres du Nord* 1: 18-24.
- SUPIK, Linda. 2005: *Dezentrierte Positionierung. Stuart Halls Konzept der Identitätspolitik*. Bielefeld: transcript
- The Guardian*. 2004: *Return of the Radicals*. <<http://www.guardian.co.uk/artanddesign/2004/jun/21/architecture.regeneration?INTCMP=SRCH>> 21.01.2011.
- The Guardian*. 2011: *Meet Britain's brightest architects*. <<http://www.guardian.co.uk/artanddesign/2011/jan/09/young-architects-cineroleum-franks-hastings?INTCMP=SRCH>> 22.01.2011.
- VALLER, David & David BETTELEY. 2001: *The politics of integrated local policy in England*. In: *Urban studies* 38/13: 2393-2413.
- WALLACE, Andrew. 2010: *New neighbourhoods, new citizens? Challenging "community" as a framework for social and moral regeneration under New Labour in the UK*. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 34/4: 805-819.

- WEEDON, Chris. 2011: Identity, Difference and social cohesion in contemporary Britain. In: *Journal of intercultural studies* 32/3: 209-227.
- WHITNEY, David. 1997: The Single Regeneration Budget. In: *Hommes et Terres du Nord* 1: 31-37.
- WOOD, Gerald. 2010: Raumbezogene Politik und Planung im Wandel der Zeit. Von der Zwischenkriegszeit bis zu den 1970er Jahren. In: ZEHNER, Klaus & Gerald WOOD 2010: *Großbritannien. Geographien eines europäischen Nachbarn*: 186-197.

